

Schriften zum Parteienrecht und zur Parteienforschung

herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h.c. Dimitris Th. Tsatsos

Prof. Dr. Ulrich von Alemann

Prof. Dr. Martin Morlok

Prof. Dr. Dian Schefold

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Peter Schneider

in Verbindung mit dem Institut für Deutsches und  
Europäisches Parteienrecht und Parteienforschung  
an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf

Band 36

ISBN 978-3-8329-3519-1

Martin Morlok/Ulrich von Alemann/Heike Merten (Hrsg.)

## Gemeinwohl und politische Parteien



**Nomos**

Baden-Baden 2008

für besonders wichtig. Ich denke, das gilt auch für andere Institutionen als Rechnungshöfe. Danke.

**Yves-Marie Doublet:** Ja, ich muss zurück zum Sachverstand. Das Problem mit dem Sachverstand ist, dass der Sachverstand den Entscheidungsprozess verlängert und jedes Mal, wenn ein Problem aufgeworfen wird, will die öffentliche Meinung eine schnelle Reaktion, besonders unter dem Druck der Medien und man muss den Sachverstand mit dieser Nachfrage der öffentlichen Meinungen in Einklang bringen.

Herr von Arnim hat das Problem der Unabhängigkeit der Mitglieder des Rechnungshofs erwähnt, ich kann nur ein französisches Beispiel nehmen: Die Mitglieder des Oberrechnungshofs in Frankreich sind Richter mit einem besonderen Status und zwei Drittel kommen aus der ENA und ein Drittel ist vom Staatspräsidenten ernannt, weil sie eine besondere Erfahrung auf diesem Gebiet haben müssen.

Vor zwei Wochen wollte der Staatspräsident einen ehemaligen Abgeordneten zum Oberrechnungshof ernennen und das war ein parteinaher Freund vom Staatspräsident und er ist auf den Widerstand des Präsidenten des französischen Rechnungshofes gestoßen. Der Präsident des französischen Rechnungshofes war der Meinung, dass der Kandidat keine Erfahrung auf diesem Gebiet hat.

Ein Kompromiss wurde gefunden: Es gibt zwei Status im Rechnungshof: Es gibt einen Status von Mitgliedern, die „erster Klasse reisen“ und es gibt Mitglieder, die „zweiter Klasse reisen“. Das heißt, der ehemalige Abgeordnete wurde zum Rechnungshof ernannt, aber für eine begrenzte Zeit ohne reale Entscheidungsmacht.

So wurde die Unabhängigkeit des Hofes nicht in Frage gestellt.

## Kritik an den politischen Parteien in der Schweiz - Erläutert am Schimpfwort „Classe politique“

Patricia M. Schiess Rütimann, Zürich\*

### I. Vorbemerkungen

Die Annäherung an das Thema der Tagung, das Verhältnis der politischen Parteien zum Gemeinwohl, erfolgt in diesem Beitrag<sup>1</sup> durch die Kritik der Kritik der politischen Parteien, und zwar durch eine Analyse verschiedener Vorwürfe, die mit dem Begriff «classe politique» erhoben werden. Dieser Begriff wurde von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) geprägt. Diese Untersuchung beschäftigt sich deshalb auch mit der SVP.

Wie gezeigt werden wird, wurde der Begriff «classe politique» in der Deutschschweiz – anders als im frankophonen Sprachraum – mit einer negativen Bedeutung versehen.<sup>2</sup> Er darf nicht gleichgesetzt werden mit seiner wörtlichen Übersetzung «politische Klasse», welche die maßgeblich an der Staatsleitung beteiligten Akteure bezeichnet.<sup>3</sup> Eine Analyse, wer zu den entscheidenden politischen Akteuren gehört, ging der Einführung des Begriffs «classe politique» nicht voraus. Deshalb wird nicht

\* Dr.iur., Rechtsanwältin, Lehrbeauftragte an der Universität Zürich.

1 Stand von Rechtsetzung und Rechtsprechung: 15.11.2006.

2 Zur polemischen Verwendung des Begriffs «politische Klasse» in Deutschland z.B.: Jens Borchert, Politik als Beruf: Die politische Klasse in westlichen Demokratien, in: Politik als Beruf. Die politische Klasse in westlichen Demokratien, Borchert (Hrsg.), Opladen 1999, S. 11, Klaus von Beyme, Die politische Klasse im Parteienstaat, Frankfurt a.M. 1993, S. 7 f., Hans Meyer, Politische Klasse und demokratischer Rechtsstaat, in: Politische Klasse und Verfassung, von Arnim (Hrsg.), Berlin 2001, S. 19. Claus Leggewie (Im Zweifel für den Angeklagten. Fünf Thesen zur politischen Klasse, in: Die Kontroverse. Weizsäcker's Parteienkritik in der Diskussion, Hofmann/Perger (Hrsg.), Frankfurt a.M. 1992, S. 83 f.) übertitelte ein Kapitel mit «Vom Schimpfwort zum Begriff» und spricht von einer «Reizvokabel» mit «unangenehmem Beigeschmack».

3 Dietrich Herzog/Bernhard Wessels, Politische Elite/Politische Klasse, in: Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 2: N-Z, Nohlen/Schultze (Hrsg.), 3. Auflage, München 2005, S. 732; Jens Borchert (siehe Fn 2) S. 25 f.; Hans-Dieter Klingemann/ Richard Stöss/Bernhard Wessels, Politische Klasse und politische Institutionen, in: Politische Klasse und politische Institutionen. Probleme und Perspektiven der Elitenforschung, Klingemann/Stöss/Wessels (Hrsg.), Opladen/Wiesbaden 1991, S. 33.

darauf eingegangen, ob in der Schweiz eine «politische Klasse» existiert und ob sie sich von derjenigen Deutschlands unterscheidet.<sup>4</sup>

## II. Verwendung des Begriffs «classe politique»

### 1. Übernahme des Begriffs durch Christoph Blocher

International bekannt wurde der Begriff «politische Klasse» durch Gaetano Mosca. 1950 erschien seine Schrift «Elementi di Scienza politica» in Bern unter dem Titel «Die herrschende Klasse». Sie widmet sich in verschiedenen Kapiteln der «politischen Klasse», die sich in jeder Gesellschaft bildet.<sup>5</sup>

Gemäß Leonhard Neidhart fand der von Mosca erfundene Begriff seit Mitte der 1980er-Jahre Eingang in das Vokabular von Schweizer Rechtspopulisten.<sup>6</sup> In den Äußerungen von Christoph Blocher<sup>7</sup> zur Volksabstimmung vom 06.12.1992 über den Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) tauchte der Begriff «classe politique» regelmäßig auf.<sup>8</sup> Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde er

von der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen,<sup>9</sup> wurde er doch in Leserbriefen verwendet und parteiintern kritisiert.<sup>10</sup> In der in den Medien lebhaft diskutierten Albigtli-Rede vom 24.01.1992 fand sich der Begriff «classe politique» gleich dreimal. Aus der Rede ging unzweifelhaft hervor, dass er sich nicht nur gegen die Sozialdemokratische Partei (SPS) richtete, sondern auch gegen bürgerliche Politikerinnen und Politiker, gegen Wirtschaftsverbände und den Bundesrat.<sup>11</sup>

An der Mitgliederversammlung der «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» (AUNS) vom 13.05.2000 behauptete Blocher, er habe den Begriff geprägt, ihm stehe deshalb auch die «authentische Interpretation» zu.<sup>12</sup> Dass er den Begriff «als negativen Begriff» geprägt habe, hatte er gegenüber Journalisten bereits im August 1999 ausgeführt. Auf die darauf folgende Belehrung durch einen Journalisten, der Begriff «classe politica» stamme von Gaetano Mosca,<sup>13</sup> ging Blocher nicht ein.

4 Das Kriterium «Politik als dauerhafte Einkommensquelle» (so: Hans Herbert von Arnim, Politische Klasse und Verfassung, Berlin 2001, Vorwort, gestützt auf Max Weber, Politik als Beruf, 10. Auflage, Berlin 1993, S. 15 ff.) würde den Kreis der in Frage Kommenden stark einschränken. Ob ein Sitz im nationalen Parlament das Ziel von Berufspolitikern ist (so: Jens Borchert (siehe Fn 2) S. 12), ist fragwürdig. Reto Wiesli, Schweiz: Miliz-Mythos und unvollkommene Professionalisierung, in: Politik als Beruf. Die politische Klasse in westlichen Demokratien, Borchert (Hrsg.), Opladen 1999, S. 424 ff. berücksichtigte auch die Exekutiven der Kantone und Gemeinden.

5 Gaetano Mosca, Die herrschende Klasse. Grundlagen der politischen Wissenschaft, Bern 1950, z.B. S. 53.

6 Leonhard Neidhart, "Populistische Anfechtungen der politischen Strukturen. Welche "politische Klasse" hat die Schweiz?" NZZ, 29.07.1993, S. 15. Andreas Iten, Blochers Populismus + Widerspruch. Über den Wahrheitsgehalt der Albigtli-Rede '99, Zürich 1999, S. 26 meint, der Begriff «classe politique» sei nicht gebräuchlich gewesen, weil es in der Schweiz anders als in Italien keine herrschende Klasse gab. Ähnlich: Andreas Gross im Interview mit Roman Weissen, "Nationalrat Andreas Gross spricht Klartext zur Schweiz und Europa", Walliser Bote, 08.12.2003.

7 Präsident der SVP Kanton ZH 1977-2003, Nationalrat 1979-2003, Wahl zum Bundesrat am 10.12.2003.

8 Siehe z.B.: Christoph Blocher, EWR. Der falsche Weg für die Schweiz, Samedan 1992, S. 20 und Christoph Blocher, Der EWR-Vertrag – eines freien Volkes unwürdig!, in: Der EWR-Vertrag – eines freien Volkes unwürdig. Drei Vorträge gehalten im Juni und Juli 1992. "Schweizerzeit"-Schriftenreihe Nr. 12, Flaach 1992, S. 24. Einem Journalisten fiel auf, dass Blocher an einer Versammlung der AUNS, an der er seine Verbindung mit der Romandie betonte, französische Ausdrücke v.a. für negative Wertungen verwendete: "AUNS mobilisiert für nächsten EWR-Abstimmungskampf", NZZ, 10.05.1993, S. 13.

9 Blocher hatte den Begriff «classe politique» bereits 1989 im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Bundesrätin Elisabeth Kopp (FDP) verwendet: Peter Niggli/Jürg Frischknecht, Rechte Seilschaften. Wie die "unheimlichen Patrioten" den Zusammenbruch des Kommunismus meisterten, Zürich 1998, S. 54.

10 "Regierungspartei oder Oppositionsbewegung?", NZZ, 11.01.1993, S. 11; "Ogi wirbt an der Olma für die Regierungsreform", NZZ, 14.10.1994, S. 13; "Die Probleme werden am Parteifest nicht gelöst", NZZ, 18.08.1995, S. 15; Bundesrat Adolf Ogi (SVP Kanton BE), Packen wir's an! Politische Standortbestimmung aus der Sicht des Bundesrats, in: Politische Standortbestimmung nach dem Nein zum EWR. Zwei Vorträge gehalten an der "Albigtli"-Tagung der Zürcher SVP am 29.01.1993 in Zürich. "Schweizerzeit"-Schriftenreihe Nr. 14, Flaach 1993, S. 27: «Weder das Herumtrampeln auf der „classe politique“, weder der Versuch, einen Keil zu treiben zwischen die Institutionen des Rechtsstaats und das Volk, noch der Versuch, sich einfach aus der Mitverantwortung für unser Land abzumelden, werden Lösungen, werden brauchbare Resultate schaffen.»

11 Christoph Blocher, Anpassung und Widerstand. Vortrag gehalten an der "Albigtli"-Tagung der Zürcher SVP am 24.01.1992 in Zürich. "Schweizerzeit"-Schriftenreihe Nr. 11, Flaach 1992, S. 14, S. 16 und S. 22.

12 "Wer gehört zur "classe politique"?" NZZ, 15.05.2000, Nr. 112, S. 13. Verschiedene Autoren gehen davon aus, dass der Begriff «classe politique» von Blocher stammt, siehe z.B.: "Blick auf den Bildschirm", NZZ, 17.06.1994, S. 52, Peter Niggli/Jürg Frischknecht (siehe Fn 9) S. 66. Zu Blochers Wortschöpfungen siehe auch: Ein exemplarischer Kampf. Eine Standortbestimmung mit Christoph Blocher, in: Heile Welt Schweiz. Die nationalkonservative Bewegung in der Diskussion, Hartmann/Gross (Hrsg.), Zürich 1995, S. 42, Fredy Gsteiger, Blocher. Ein unschweizerisches Phänomen, Basel 2002, S. 164, "Neutrale Buben und ihr Ländchen", NZZ, 19.01.2002, Nr. 15, S. 49 und Andreas Iten (siehe Fn 6) S. 56 und S. 99 f.

13 Bruno Vanoni, "Volksgold für die AHV", Tages-Anzeiger, 21.08.1999, S. 9.

## 2. Prägung des Begriffs durch die SVP

In der Albigütli-Rede von 1997<sup>14</sup> führte Christoph Blocher in den ersten Sätzen aus: «Ein wesentlicher Teil der heutigen Arbeitslosigkeit ist auf die schlechte Politik zurückzuführen: Der Staat, die Politik, die „Classe politique“ hat versagt.» Einige Sätze später wurde er präziser: «Die Linken, die Grünen und wie wir sie seit ein paar Jahren liebevoll nennen die Netten haben sich mit ihren verwerflichen wirtschaftsfeindlichen Theorien durchgesetzt.» Wer genau durch welches Verhalten die Arbeitslosigkeit und andere wirtschaftliche Probleme verursacht haben soll, geht aus der Rede nicht hervor. Klar wird hingegen, dass nicht allein Politikerinnen und Politiker gemeint sein können. In der Mitte der Rede richtet sich die Kritik denn auch gegen «unsere Manager, einen Großteil unserer Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik, all die sozialen Schwätzer». Am Schluss taucht der Begriff «classe politique» noch einmal auf: «Jetzt ist nicht die Zeit, unsere Volksrechte abzubauen und den Vertretern der „classe politique“ immer mehr Möglichkeiten zu geben, das zu machen, was das Volk nicht will. Wir haben die Rechte des Volkes zu wahren.»

Diese und weitere Reden von Blocher zeigen, dass der Begriff «classe politique» folgende Personen, Institutionen und Organisationen umfassen kann:<sup>15</sup> linke und grüne Politikerinnen und Politiker respektive Organisationen aus diesem politischen Spektrum, die bürgerlichen Parteien,<sup>16</sup> allen voran die Christlich demokratische Volkspartei (CVP), den Bundesrat oder das Parlament, «„Gutachter“, Büros und Dienstleistungsbetriebe, die für den Staat arbeiten», «zahlreiche Wirtschaftsverbände», Verantwortungsträgerinnen und -träger in der Wirtschaft, die Medien<sup>17</sup>, Intellektuelle<sup>18</sup> und Kulturschaffende, insbesondere solche, die mit staatlichen Mitteln

unterstützt werden.<sup>19</sup> Zum Teil werden diese Personengruppen einzeln aufgezählt, ohne dass die gleichzeitige Erwähnung des Begriffs «classe politique» überflüssig würde. Ebenso kann der Kreis der Gemeinten enger gezogen werden. Aus dem Zusammenhang kann sich ergeben, dass mit dem Begriff «classe politique» in erster Linie Bundesrat, Bundesverwaltung und Parlament angesprochen werden.<sup>20</sup> Häufig angeprangert wird die Verbindung von Politik und Wirtschaft: Der Führung verschiedener Unternehmen, die in wirtschaftliche Probleme geraten sind, wird Verantwortungslosigkeit und Bereicherung vorgeworfen; von Politikerinnen und Politikern wird behauptet, sie bereicherten sich, indem sie sich und ihren Unternehmen öffentliche Aufträge, insbesondere im Bereich der Beratung, erteilen würden oder Parteifreundinnen und -freunden zu gut bezahlten Stellen im öffentlichen Dienst verhelfen; überdies kritisiert wird das Engagement von Politikerinnen und Politikern in Beiräten von Unternehmen.<sup>21</sup>

Die Rede von 1997 zeigt exemplarisch, dass sich der Sprechende von der «classe politique» abgrenzt und stattdessen auf die Seite «des Volkes» stellt.<sup>22</sup> Aufschlussreich ist eine kurze Pressenotiz zur Mitgliederversammlung der AUNS vom 13.05.2000:<sup>23</sup> «Christoph Blocher benützte ein Votum an der AUNS-Versammlung, er gehöre auch zur „classe politique“, als Anlass für eine „authentische Interpretation“ dieses Begriffs, den er selber geprägt habe. In seinem Verständnis steht „classe politique“ für die Entfremdung zwischen Regierenden und Volk. Da diese Entfremdung bei ihm eben gerade nicht gegeben sei, sei er auch kein Mitglied der „classe politique.“<sup>24</sup>

## 3. Aktuelle Verwendung des Begriffs

Der Begriff «classe politique» wird im National- und Ständerat seltener gebraucht<sup>25</sup> als in den übrigen von den Parteien und ihren Mitgliedern verfassten Reden und

14 *Christoph Blocher*, Eine politische Standortbestimmung im Jahre 1997, dem 706. Jahr der Schweizerischen Eidgenossenschaft, anlässlich der 9. Albigütli Tagung (Kurzfassung der Ansprache).

15 *Thomas Köppel*, Droht ein Verlust der nationalen Kohäsion? in: *Bulletin* 1994 zur schweizerischen Sicherheitspolitik, Spillmann (Hrsg.), Zürich 1994, S. 17: «Die verschiedenen Gewalten im Staat werden kunterbunt vermischt. Typisch dafür ist der Modebegriff der „classe politique“, unter dem alles mögliche verstanden wird ...»; *Lukas Zollinger*, Der Mittelstand am Rande. Christoph Blocher, das Volk und die Vorstädte, Bern 2004, S. 79.

16 Zur Kritik an bürgerlichen Politikerinnen und Politikern z.B.: *Christoph Schilling*, Blocher. Aufstieg und Mission eines Schweizer Politikers und Unternehmers, Zürich 1994, S. 117 sowie *Peter Niggli/Jürg Frischknecht* (siehe Fn 9) S. 55.

17 Beispiele für die Kritik an den Medien: *Christoph Blocher*, Die sieben Geheimnisse der SVP (streng vertraulich). Politische Standortbestimmung anlässlich der 12. Albigütli-Tagung, Zürich 2000, S. 17; "Mitenand gaats schlächter", *NZZ*, 25.04.2003, Nr. 95, S. 18 und SVP Schweiz, «Wahlplattform 2003 bis 2007: Schweizer Qualität» S. 40 f. *Peter Niggli/Jürg Frischknecht* (siehe Fn 9) S. 54.

18 Zur Kritik von Justizminister Blocher an Staatsrechtslehrern: *Marc Spescha*, Absolute Demokratie – gefährdeter Rechtsstaat. Demokratiepraktische und staatsethische Überlegungen aus Anlass aktueller Gesetzesrevisionen im Bürger-, Asyl- und Ausländerrecht, Aktuelle Juristische Praxis (AJP) 2006, S. 181. Zur Kritik an den Akademikern: *Christoph Schilling* (siehe Fn 16) S. 117 und S. 123.

19 Siehe z.B.: *Christoph Blocher*, Unsere Politik im 21. Jahrhundert (Albigütli-Rede 1999) gewidmet unseren sieben Bundesräten, S. 10 f.

20 So z.B.: *Christoph Blocher*, Zehn Jahre nach dem Nein zum EWR-Vertrag. Eine Standortbestimmung mit Ausblick, Zürich 2002, S. 7.

21 *Christoph Blocher*, Unsere Politik im 21. Jahrhundert (siehe Fn 19) S. 9-11; *Christoph Blocher*, Chumm Bueb und lueg dis Ländli aa! Von wahren und falschen Eliten. Albigütli-Rede 2002, S. 10 ff. und insbes. S. 15; "Mitenand gaats schlächter", *NZZ*, 25.04.2003, Nr. 95, S. 18.

22 Siehe auch: *Christoph Blocher*, Die sieben Geheimnisse der SVP (siehe Fn 17) S. 17, *Andreas Iten* (siehe Fn 6) S. 13 und *Lukas Zollinger* (siehe Fn 15) S. 58-60.

23 "Wer gehört zur "classe politique"?" *NZZ*, 15.05.2000, Nr. 112, S. 13.

24 So auch schon in: *Wolf Mettler*, «Liebi Fraue und Manne...» Christoph Blocher – ein Lebensbild, 2. Auflage, Schaffhausen 1995, S. 110. A.M. der Präsident der SVP Stadt Zürich, Nationalrat Walter Frey: «Aber selbstverständlich gehören auch wir SVP-Politiker zur Politik und damit zur „classe politique.“»: "Notfalls ohne bürgerlichen Partner", *NZZ*, 02.07.1996, S. 55.

25 Ausgewertet wurde die elektronische Datenbank, die das Amtliche Bulletin erfasst, seit dem Jahr 2000.

Schriften.<sup>26</sup> SVP-Politikerinnen und Politikern verwenden ihn immer wieder. Den angesprochenen Personen, Institutionen und Organisationen schlägt Kritik entgegen, die Distanzierung von ihnen ist deutlich. Als Schimpfwort wird der Begriff «classe politique» vereinzelt auch von Personen ausserhalb der SVP eingesetzt, ohne dass immer alle vom Begriff «classe politique» möglicherweise erfassten Personen und Gruppierungen gemeint sind und die Verknüpfung von Politik und Wirtschaft angegrangert wird.

Nur sehr selten wurde er mit einem neutralen oder positiv bewerteten Inhalt gefüllt.<sup>27</sup> Vereinzelt wird er nicht beleidigend verwendet. Politikerinnen und Politiker der CVP, der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP), der Grünen Partei (GPS) und der SPS vermeiden die Verwendung des Begriffs konsequent, es sei denn, sie nähmen Bezug auf eine Aussage der SVP, um diese ihrerseits zu kritisieren.<sup>28</sup>

### III. Kritik an den Schweizer Parteien und ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten

Es wird von der Vermutung ausgegangen, dass die mit dem Begriff «classe politique» verbundenen Vorwürfe an Politikerinnen und Politiker, Institutionen und Organisationen nicht aus der Luft gegriffen sind.<sup>29</sup> In einem ersten Schritt (Kapitel III.) wird deshalb dargestellt, welche Regelungen und Praktiken von Rechts- und Politikwissenschaftlerinnen und -schäftlern kritisiert werden. In einem zweiten Schritt

(Kapitel IV.) wird untersucht, welche dieser Punkte von der Kritik an der «classe politique» aufgegriffen werden und welche nicht. Die Aufzählung der an den Parteien und ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten geübten Kritik konzentriert sich auf die wichtigsten Vorwürfe.<sup>30</sup>

#### 1. Fehlende Transparenz

##### a) Übersicht über die von Kritik betroffenen Themenbereiche

- Finanzierung der politischen Parteien und der anderen politischen Akteure
- Finanzierung der Wahl- und insbesondere der Abstimmungskämpfe<sup>31</sup>
- Offenlegung der Interessenbindungen inklusive beruflicher Tätigkeiten und ehrenamtlicher Engagements und ihrer Abgeltung
- Regelung der Unvereinbarkeiten und Ausstandspflichten
- Ämterkumulation

##### b) Finanzen der politischen Akteure und Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen

Ohne finanzielle Unterstützung könnten die meisten Kandidatinnen und Kandidaten ihren Wahlkampf nicht bestreiten. Spenden von Unternehmen sind zulässig, werden in der Regel aber tot geschwiegen. Sie können an die Kandidierenden<sup>32</sup> oder an die

26 Ausgewertet wurden die auf den Homepages von CVP, FDP, GPS, SPS und SVP zugänglichen deutschsprachigen Dokumente, die mittels Suchmaschinen erschlossen sind.

27 Die Sozialistisch Grüne Alternative Zug schreibt auf ihrer Homepage (www.sga-zug.ch): «„Classe politique“ ist ... zum Unwort geworden. Leider. Die immer noch zu kleine, dafür umso beherztere und phantasievollere „Classe politique“ der Alternativen ist angewiesen auf kritische Unterstützung durch die eigentliche „Classe politique“ in der demokratisch organisieren Schweiz – den Bewegten, den mündigen und politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern – den Citoyennes et Citoyens.» Parteipräsident der CVP Schweiz, Ständerat *Philipp Stähelin*, Mit Herz und Verstand in die Zukunft, CVP-Medienmitteilung, 03.11.2001: «Diese „classe politique“ – das sind Tausende von Personen, welche zumeist aus ihrer Freizeit heraus ein Amt für die Allgemeinheit versehen; ... Milizpolitiker, deren Ziel weder die eigene Bereicherung noch irgendein Polit-Karriereleiterchen ist, sondern der Einsatz für das Gemeinwesen.» Nationalrat *Helmut Hubacher* (SPS) (Amtl.Bull. NR 1995, S. 2337): «Ich erlaube mir zum negativ besetzten Begriff der Classe politique ein Wort: Ich finde es nicht anrühlich, Politiker zu sein.»

28 CVP: Parteipräsident *Philipp Stähelin*, UNO: Mit Gradlinigkeit zum Ziel. Rede an der CVP-Delegiertenversammlung vom 19.01.2002 in Baden. FDP: Generalsekretär *Guido Schommer*, Die Opposition versagt – Die Schweiz braucht eine starke Regierungspartei. Eine Standortbestimmung zum Jahreswechsel, FDP Schweiz Anfang Januar 2003. SPS: Vizepräsident *Hans-Jürg Fehr*, Was heisst eigentlich Konkordanz? Pressedienst SPS 17.11.2003 und Bundesrat *Moritz Leuenberger*, Referat an der Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 08.12.2001 in Winterthur, S. 5.

29 A.M. *Andreas Iten* (siehe Fn 6) S. 95 f.: Die Albigütli-Rede 1999 sei «ein eigentlicher Abwehrkampf gegen Gegner, die es so, wie sie geschildert werden, gar nicht gibt.»

30 Das Schwergewicht liegt auf der neuesten Literatur und Judikatur sowie auf aktuellen Beispielen.

31 Zum Einfluss der finanziellen Aufwendungen: *Peter Selb*, Werbeaufwand und Wahlerfolg: Der Effekt von Inserateausgaben auf Wahlchancen und Stimmengewinn Zürcher Kandidierender für den Nationalrat, in: Schweizer Wahlen 1999, Sciarini/Hardmeier/Vatter (Hrsg.), Bern/Stuttgart/Wien 2003, S. 257 ff.

32 SP-Ständerätin *Anita Fetz* und SP-Regierungsrat *Roberto Zanetti* sollen von der der Stiftung Pro Facile nahe stehenden Solothurner Hof AG Fr. 30'000.-- respektive Fr. 20'000.-- als Wahlspende erhalten haben. Fetz und Zanetti fungierten als Vizepräsidentin respektive -präsident der Stiftung: "Ungereimtes um die Stiftung Pro Facile", NZZ, 06.07.2004, Nr. 154, S. 16. Zanetti gab zu, bereits früher Fr. 20'000.-- bar erhalten zu haben vom Gründer der Stiftung. Dieser soll behauptet haben, das Geld stamme von verschiedenen Personen, die sich nicht zu erkennen geben wollten: "Neue Offenbarungen in der Pro-Facile-Affäre", NZZ, 14./15.08.2004, Nr. 188, S. 14. Der Co-Präsident von Fetz' Wahlkomitee, der Präsident des Basler Wohnbaugenossenschafts-Verbands Nordwest, sagte, er habe Fetz mehr als Fr. 30'000.-- zukommen lassen: "Anita Fetz bekam weitere Spende von Bau-Lobbyist", Sonntags-Zeitung, 11.07.2004, S. 53.

Parteien überwiesen werden.<sup>33</sup> Auf Bundesebene besteht weder für die politischen Parteien noch für die Kandidierenden ein Verbot, solche Zahlungen anzunehmen, noch werden sie verpflichtet, die Herkunft der von ihnen verwendeten Gelder offenzulegen.<sup>34</sup> Völlig frei in der Finanzierung von Abstimmungs- und Wahlkampagnen sind auch die übrigen Verbände und Organisationen. Personen und Gruppierungen, die eine Volksinitiative oder ein Referendum lancieren, müssen ihre Finanzen nicht offenlegen.<sup>35</sup> Es kann nur geschätzt werden,<sup>36</sup> wie viel Geld in einen Wahlkampf fließt und welche Summen von Pro- und Contra-Komitee in einen Abstimmungskampf investiert werden.

Vor allem von linker und grüner Seite wurden und werden immer wieder Vorstöße für mehr Transparenz eingereicht.<sup>37</sup> Sie blieben ohne Erfolg.<sup>38</sup>

33 Marcel Ospel, Verwaltungsratspräsident der UBS, sagte in einem Interview (*Arthur Rutishauser/Patrik Müller*, "UBS-VR-Präsident Marcel Ospel über seine Kinder, die Bedeutung des WEF und Mitsprache bei der Bundesratswahl", *Sonntags-Zeitung*, 25.01.2004, S. 21), die Bankiervereinigung und *economiesuisse* würden mit einigen Millionen Franken unterstützt, alle bürgerlichen Parteien erhielten einige Hunderttausend Franken. Die Tageszeitung «24 heures» (*Edipresse Publications SA*, Lausanne) erlangte Einblick in die Konten der LPS für die Jahre 2001, 2002 und 2003: *Vincent Bourquin*, "Financement des partis: premières preuves", *24 heures*, 21.02.2006: Die Banken UBS und Credit Suisse hatten in drei Jahren Fr. 160'000.-- respektive Fr. 95'000.-- überwiesen. Die Vereinigung «Swiss Cigarette» hatte Fr. 35'000.-- überwiesen, Philip Morris zusätzlich Fr. 15'000.--. Novartis hatte jährlich Fr. 10'000 überwiesen plus einen Bonus von Fr. 5'000.-- für das Wahljahr 2003. Nestlé hatte 2003 Fr. 30'000.-- an die LPS Schweiz und Fr. 10'000.-- an die LPS Kanton VD bezahlt. Der grösste Betrag stammte von *economiesuisse* (Fr. 180'000.-- innert dreier Jahre plus Fr. 70'000.-- für die Wahlen 2003). Diese Beträge zusammen machten 35% bis 50% des Jahresbudgets der LPS aus. "Politik mit weniger Geld. Neuorientierung der Stadtzürcher SVP", *NZZ*, 20.05.2002, Nr. 122, S. 43 und "In der städtischen SVP kriselt es", *NZZ*, 19.06.2003, Nr. 139, S. 39: Nach dem Rückzug von Walter Frey, Nationalrat und langjähriger Parteipräsidenten der SVP Stadt Zürich, musste diese an den Sitz der SVP Kanton ZH umziehen. Zuvor befand sich das Parteisekretariat am Firmensitz der Emil Frey AG, deren Sekretariat bei administrativen Arbeiten Unterstützung leistete.

34 BGE 125 I 441 ff.: Eine Bestimmung des Kantons TI, welche die Finanzierung des Wahlkampfes eines Kandidaten durch einen Dritten auf Fr. 50'000.-- begrenzte, verstösst gegen den Grundsatz der Chancengleichheit und das Verhältnismässigkeitsprinzip.

35 Der Verein ProGesundheitSchweiz, Initiator der so genannten Vitamin-Initiative, behauptete, er sei völlig unabhängig und setze sich aus Privaten zusammen. Gemäß späteren Presseberichten ("Stöhlker legt PR-Mandat für die Vitamin-Initiative nieder", *NZZ*, 17.06.2004, Nr. 138, S. 13) hatte die Dr. Rath Health Foundation einen sechsstelligen Betrag zur Anstossfinanzierung gewährt. "FDP geht Verbandsbeschwerde an den Kragen", *NZZ*, 12.05.2006, Nr. 109, S. 13: Gemäß FDP Kanton ZH stammten ein Drittel der Spenden für ihre eidgenössische Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts von Privaten, zwei Drittel von Unternehmen.

36 *Andreas Ladner*, "Die Politik ist auch im Milizsystem nicht gratis", *NZZ*, 13.07.2004, Nr. 160, S. 15: «Zwar erhält man heute – anders als früher – Einblick in die unspektakulären und kaum gefüllten Parteikassen, das grosse Geld, welches für Wahl- und Abstimmungskämpfe aufgewendet wird, fließt jedoch nach wie vor im Verborgenen.»

37 Die Zusammenstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

- Ablehnung der parlamentarischen Initiative von Nationalrat Roger Nordmann (SPS) vom 20.03.2006 (Geschäft 06.406) durch die Staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK-NR)<sup>39</sup> wegen «Umsetzungsschwierigkeiten». Die Initiative verlangt eine gesetzliche Bestimmung, «welche die politischen Parteien, die Kampagnenkomitees, die Lobbyorganisationen, ähnliche Institutionen und die Wahlkandidatinnen und Wahlkandidaten verpflichtet, ihre Finanzierungsquellen offen zu legen».
- Antwort des Bundesrates vom 20.02.2002 auf die Interpellation von Nationalrat Pierre-Yves Maillard (SPS) vom 13.12.2001 (Geschäft 01.3767): Die Unabhängigkeit der gewählten Behörden und die Chancengleichheit der Akteure sei durch die mangelnde Transparenz und die ungleiche Verteilung der finanziellen Mittel in Abstimmungskampagnen nicht gefährdet.
- Ablehnung der Motion der Grünen Fraktion vom 08.03.2000 (Geschäft 00.3033) mit welcher der Bundesrat beauftragt worden wäre, «eine Gesetzesvorlage vorzubereiten, welche die politischen Parteien, Wahl- und Abstimmungskomitees zwingt, ihre Finanzierung offen zu legen.»<sup>40</sup>
- Ablehnung der parlamentarischen Initiative von Nationalrat Andreas Gross (SPS) vom 18.06.1999 (Geschäft 99.430), die forderte, «das Bundesgesetz über die politischen Rechte sei insofern zu ergänzen, als die Quellen finanzieller Beiträge an Kampagnen vor Volksabstimmungen aller Art, die 500 Franken übersteigen, der Bundeskanzlei genannt werden müssen, damit sie dort ... eingesehen werden können.»<sup>41</sup>

#### c) Offenlegung der Interessenbindungen der Politikerinnen und Politiker

Dass sich Politik und Wirtschaft in problematischer Weise nahe stehen, ist spätestens seit der Affäre um Bundesrätin Elisabeth Kopp (FDP) allgemein bekannt. In einer Interpellation vom 22.03.2006 (Geschäft 06.3090) machte Nationalrat Serge Beck (LPS) die Büros von National- und Ständerat darauf aufmerksam, dass die berufliche Verbundenheit von Parlamentarierinnen und Parlamentariern mit «Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen und großen Schweizer Unternehmen» und die Unterstützung durch dieselben bei der Ausübung des Mandates eine Gefahr für deren Unabhängigkeit darstelle. Am 12.05.2006 antwortete das Büro des Nationalrates, das parlamentarische Mandat werde als Nebentätigkeit ausgeübt, es sei ein Zweck der Milizdemokratie, dass sich die private Berufser-

38 *Andreas Ladner* (siehe Fn 36): «Parteien, die besonders stark auf Spenden angewiesen sind, in der Regel sind dies die bürgerlichen, befürchten finanzielle Einbussen, weil sie nicht zu Unrecht davon ausgehen, dass sich ein Teil der Spender zurückziehen würden, wenn ihr Engagement für eine bestimmte Partei an die Öffentlichkeit gelangte.»

39 Medienmitteilung SPK-NR 18.08.2006. Die Initiative ist noch nicht im Plenum des Nationalrates behandelt worden.

40 Amtl. Bull. NR 2000, S. 1081-1083.

41 Der Bericht der SPK-NR vom 21.02.2003 (BBl 2003, S. 3916-3926) erläutert verschiedene Modelle. Die Initiative wird vom Nationalrat abgelehnt: Amtl. Bull. NR 2004, S. 481-483.

fahrung mit der parlamentarischen Tätigkeit vermischt. Wesentlich sei die Transparenz, die durch die Offenlegungspflichten ... gewährleistet werde. Das Bundesgericht führte bei der Überprüfung von Ausstandsvorschriften für kantonale Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus, es liege im Wesen der Demokratie, dass Parlamentsabgeordnete Interessenvertreter seien.<sup>42</sup>

Gemäß Art. 11 ParlG<sup>43</sup> müssen die verschiedenen Tätigkeiten der Ratsmitglieder in ein öffentliches Register eingetragen werden.<sup>44</sup> Bei Äusserungen in Kommissionen und im Rat müssen sie auf ihre Interessenbindungen hinweisen, wenn sie durch einen Beratungsgegenstand in ihren persönlichen Interessen unmittelbar betroffen sind. Keinen Erfolg hatten bis jetzt Forderungen, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sollten auch ihr Einkommen und Vermögen nennen. Art. 14 ParlG regelt die Unvereinbarkeiten. Er tritt erst auf die Gesamterneuerung des Nationalrates vom Herbst 2007 in Kraft. Bereits jetzt sind Unsicherheiten aufgetaucht, weshalb der Bundesrat eine Präzisierung bezüglich der Tätigkeiten in außerparlamentarischen Kommissionen vorschlägt.<sup>45</sup>

## 2. Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik

### a) Übersicht über die Kritik

- Einfluss der Wirtschaftsverbände, einzelner Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter sowie Branchen oder Unternehmen auf die Politik
- Übermacht der Wirtschaftsverbände
- Kritik am Lobbying<sup>46</sup>
- Schmälerung des Handlungsspielraums der Parteien, weil Geldgeber meistens keine frei verwendbaren Beiträge an die Parteiorganisation ausrichten, sondern einzelne Projekte oder Kandidierende unterstützen
- Kritik an der Vergabe von Aufträgen an Externe durch die Bundesverwaltung, sowohl bezüglich Umfang und Kontrolle der Aufträge als auch bezüglich der Vergabepaxis<sup>47</sup>

42 BGE 123 I 97 ff. und BGE 125 I 289 ff.

43 Bundesgesetz vom 13.12.2002 über die Bundesversammlung (Parlamentsgesetz, ParlG, SR 171.10).

44 <<http://www.parlament.ch/ra-nr-interessen.pdf>> (Nationalrat), <<http://www.parlament.ch/ra-sr-interessen.pdf>> (Ständerat).

45 Botschaft vom 22.09.2006 zur Änderung des Parlamentsgesetzes, BBl 2006, S. 8009-8015; "Parlamentarier und ihre Qual der Wahl", NZZ, 23.09.2006, Nr. 221, S. 13.

46 Erwähnung besonders intensiver Beeinflussungsversuche: z.B. Nationalrat Erwin Jutzet, Amtl. Bull. NR 2001, S. 593 und Ständerat Rolf Escher, Amtl. Bull. StR 2005, S. 44.

47 Gemäß Bericht der Parlamentsdienste wurden 2004 über 6'100 Mandate erteilt, die mit insgesamt 600 bis 700 Mio. Fr. entschädigt wurden: *Parlamentsdienste*, Expertenbeizug in der Bundesverwaltung. Bericht zuhanden der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates, Bern 16.06.2006.

- Vermischung der Verantwortlichkeiten durch zu enge Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privaten
- Ausnützen von Vorteilen für das eigene wirtschaftliche Vorwärtskommen oder für Parteifreundinnen und -freunde
- Selten: Vorwurf der Korruption im strafrechtlichen Sinn<sup>48</sup>

### b) Übermacht der Wirtschaftsverbände

Viele Interessenverbände können auf große Ressourcen zurückgreifen.<sup>49</sup> Die Macht der Wirtschaftsverbände im vorparlamentarischen Gesetzgebungsverfahren wurde mehrfach untersucht.<sup>50</sup> Für die Mitte der 1990er-Jahre kam eine von den Parlamentsdiensten in Auftrag gegebene Studie zum Schluss, dass die in den 1970er-Jahren hervorgehobene Stellung der Verbände im Vernehmlassungsverfahren etwas zu relativieren sei. Als einflussreichste Gremien im Gesetzgebungsprozess wurden die parteipolitisch zusammengesetzten vorberatenden Kommissionen identifiziert.<sup>51</sup>

48 Eine Ausnahme bildet die «Tessiner Steueraffäre Fiscogate»: "Tessiner Steueraffäre bedrängt Finanzdepartement", NZZ, 13.01.2006, Nr. 10, S. 14 und "Polemik um Familienstiftung. Tessiner Regierungspräsidentin betroffen", NZZ, 15.01.2006, Nr. 12, S. 10: Untersuchungen im Tessiner Steueramt hatten eine Sonderbehandlung des Vaters von Staatsrätin Marina Masoni aufgedeckt. Nachdem Masoni zuerst erklärt hatte, keine Kenntnis vom Steuerdossier ihres Vaters und von einer Familienstiftung zu haben, wurde bekannt, dass sie bis zu ihrer Wahl in deren Stiftungsrat sass und von ihr für die Wahlkampagne Fr. 18'000.-- erhalten hatte. Zur Korruption im weitesten Sinn: *Tiziano Balmelli*, Le financement des partis politiques et des campagnes électorales. Entre exigences démocratiques et corruption, Diss. Fribourg 2001, S. 125 ff. Zur strafrechtlichen Erfassung der Korruption: *Daniel Jositsch*, Das Schweizerische Korruptionsstrafrecht. Art. 322ter bis Art. 322octies StGB, Habil. Zürich 2004.

49 Der Branchenverband der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie Swissmem hatte 2005 eonomiesuisse 3,75 Mio. Fr. als Mitgliederbeitrag überwiesen: "Swissmem hält sich zwei Wege offen", NZZ, 23.05.2006, Nr. 118, S. 21 und "Swissmem-Spitze von der Basis unterstützt", NZZ, 14.09.2006, Nr. 213, S. 21. Der TCS Schweiz erzielte einen Jahresumsatz von 403 Mio. Fr.: *Peter W. Frey*, "Neuer Chef will TCS reformieren", Tages-Anzeiger, 19.06.2004, S. 2 und Homepage des TCS.

50 *André Mach*, Associations d'intérêts, in: Handbuch der Schweizer Politik, Klöti/Knoepfel/Kriesi/Linder/Papadopoulos (Hrsg.), 3. Auflage, Zürich 2002, S. 313. *Wolf Linder*, Schweizerische Demokratie. Institutionen – Prozesse – Perspektiven, Bern/Stuttgart/Wien 1999, S. 109 f. *Hanspeter Kriesi*, Le système politique suisse, 2. Auflage, Paris 1998, S. 266 f. *René A. Rhinow*, Funktionen und Probleme der politischen Parteien in der Schweiz, recht (Zeitschrift für juristische Ausbildung und Praxis) 1996, S. 115 nennt ein Unterkapitel: «Die Schweiz als „Verbändestaat?“».

51 *Annina Jegher/Wolf Linder*, Schweizerische Bundesversammlung: ein aktives Gesetzgebungsorgan. Eine empirische Untersuchung des Gesetzgebungsprozesses in den Jahren 1995-97, Auftraggeber: Parlamentsdienste, Bern 1998, S. 85 f. und S. 88.

Die Verbände versuchen nicht nur das Parlament zu beeinflussen, sondern auch Regierung und Verwaltung.<sup>52</sup> Den politischen Parteien kommt eine starke Stellung zu bei Listenwahlen, indem sie die Kandidatinnen und Kandidaten und deren Platz auf der Wahlliste bestimmen.<sup>53</sup> Die Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens erlauben es den Interessenverbänden, mittels Wahlempfehlungen für einzelne kandidierende Einfluss auszuüben. An Abstimmungskämpfen beteiligen sich regelmäßig politische Parteien und Interessenverbände. Das Gewicht der Wirtschaftsverbände beim Ergreifen von Referenden und dem Lancieren von Volksinitiativen wird als größer eingeschätzt als dasjenige von politischen Parteien.<sup>54</sup> Angeregt durch eine parlamentarische Initiative prüft die SPK-NR, wie die Dominanz der «Partikulärinteressen vertretenden, finanzkräftigen Gruppierungen» in den Abstimmungskampagnen gebrochen und wie statt dessen den differenzierteren Argumenten der Parteien mehr Gewicht verschafft werden könnte.<sup>55</sup>

Zwischen Parteien und Interessenverbänden bestehen personelle Verknüpfungen.<sup>56</sup> Ludwig Zurbriggen befragte die Eliten der CVP nach ihrer Zusammenarbeit mit anderen Akteuren. Deren Einfluss auf die Parteilite und die Entscheidungen der Partei zu gewichten, erwies sich allerdings als schwierig.<sup>57</sup> In letzter Zeit kündigten verschiedene Verbände an, sich von der Parteipolitik zu verabschieden oder sich von

einer Partei zu lösen.<sup>58</sup> Es ging ihnen dabei nicht um einen Rückzug aus der Politik, sondern um eine Bündelung ihrer Kräfte.<sup>59</sup>

Erich Gruner kam 1977 zu folgender Erkenntnis: «Die Parteien geraten im Wettbewerb mit den Verbänden auf der ganzen Linie ins Hintertreffen. .... Im parlamentarischen Vorverfahren ist ihr Einfluss bescheiden. In der Bundesversammlung selbst büßen sie einen Teil ihrer Entscheidungsfreiheit ein, weil die Verbandsexperten in ihren Reihen durch die Mandate ihrer Auftraggeber mehr oder weniger gebunden sind. .... Auch bei den Wahlen gehen sie infolge ihrer finanziellen Abhängigkeit von den Verbänden ihrer ihnen durch den Proporz eingeräumten faktischen Monopolstellung verlustig. ... Ebenso beschränkt sind ihre Einwirkungsmöglichkeiten auf die Verwaltung.»<sup>60</sup> Philippe Mastronardi's Fazit von 1998 ist ähnlich: «Zwischen die politische Öffentlichkeit und ihre Behörden schiebt sich ein intermediäres System, das im Effekt vor allem die Interessen der Verbände und damit das Wirtschaftssystem begünstigt. Der scheinbare Pluralismus unseres politischen Systems wird durch einen Korporationismus der Verbandsmacht überlagert, in welchem ein professioneller innerer Kreis der wirtschaftlichen und politischen Elite großen Einfluss hat.»<sup>61</sup>

#### c) Finanzielle Situation der Schweizer Parteien

Auf Bundesebene werden keine Zahlungen an die Parteien geleistet. Verschiedene Vorschläge wurden und werden gemacht,<sup>62</sup> eine Chance haben sie in näherer Zukunft aber kaum. Die Kantone Freiburg und Genf beteiligen sich an den Wahlkampfkosten von politischen Parteien und Gruppierungen. In anderen Kantonen wurden Vorlagen über eine direkte Parteienfinanzierung an der Urne verworfen. Im Bund ebenso wie in den Kantonen und in Gemeinden mit kommunalem Parlament werden den Fraktionen finanzielle Beiträge ausgeschüttet. Gemäß Art. 12 PRG<sup>63</sup> erhalten die Fraktionen in der Bundesversammlung «einen jährlichen Beitrag

52 Marcel Ospel führte aus (*Arthur Rutishauser/Patrik Müller* (siehe Fn 33)): «Jüngst haben wir uns erlaubt, bei der Nachfolgeregelung für Finanzminister Kaspar Villiger unsere Meinung einzubringen. .... Jedenfalls sind wir jetzt in mehreren Departementen mit Vertretern unserer Interessen abgestützt.» Siehe auch die Antwort des Bundesrates vom 23.06.2004 zur Interpellation von Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer (SPS) vom 08.03.2004 (Geschäft 04.3043). "Die Wirtschaft und der grüne Bauvorstand", NZZ, 14.02.2006, Nr. 37, S. 43: Wirtschaftsverbände sprechen sich gegen die Übernahme des Baudepartements der Stadt Winterthur durch den neu gewählten grünen Stadtrat aus. "Ärzte wollen in der Politik mehr mitreden", NZZ, 03.08.2006, Nr. 177, S. 45: Die Zürcher Ärztesgesellschaft hat es sich als Fernziel gesetzt, dass die Gesundheitsdirektion in ärztlicher Hand kommt.

53 *Andreas Auer/Giorgio Malinverni/Michel Hottelier*, Droit constitutionnel suisse. Volume I: L'Etat, 2. Auflage, Bern 2006, Rz. 672. *Tiziano Balmelli* (siehe Fn 48) S. 309 f. Fn 1176 weist zu Recht darauf hin, dass nicht nur politische Parteien Kandidatenlisten zusammenstellen.

54 *Walter Haller/Alfred Kölz*, Allgemeines Staatsrecht, 3. Auflage, Basel/Genève/München 2004, S. 354 ff.; *Andreas Auer/Giorgio Malinverni/Michel Hottelier* (siehe Fn 53) Rz. 796 ff.; *René A. Rhinow*, Grundzüge des Schweizerischen Verfassungsrechts, Basel/Genève/München 2003, Rz. 1930 ff. Kritisch auch: *Philippe Mastronardi*, Der Zweck der Eidgenossenschaft als Demokratie. Essay zu einer schweizerischen Demokratietheorie, Zeitschrift für Schweizerisches Recht (ZSR) 1998 II S. 382. Siehe auch schon: *Leonhard Neidhart*, Plebiszit und pluralitäre Demokratie. Eine Analyse der Funktion des schweizerischen Gesetzesreferendums, Bern 1970, S. 318 f. und *Hans Huber*, Staat und Verbände, Tübingen 1958, S. 25.

55 Parlamentarische Initiative von Nationalrat Andreas Gross (SPS) vom 20.06.2003 (Geschäft 03.436). Der Initiative wurde vom Nationalrat Folge gegeben: Amtl. Bull. NR 2005, S. 39-41. Die SPK-NR hat bis heute keine Vorschläge zur Umsetzung der Initiative vorgelegt: Medienmitteilung SPK-NR vom 18.08.2006.

56 Siehe z.B.: *Pascal Sciarini*, Die Parteilite und die Verbände, in: Die Kader der Schweizer Parteien, Sciarini/Finger/Ayberk/Garcia (Hrsg.), Zürich 1994, S. 83 ff.

57 *Ludwig Zurbriggen*, CVP und die soziale Mitte. Soziales Kapital, Koalitionen und symbolische Praxis der CVP, Diss. Fribourg, Zürich/Chur 2004, S. 143 und S. 212-221.

58 Gewerbeverband der Stadt Zürich: "Keine Priorität mehr der Politik", NZZ, 24.05.2002, Nr. 117, S. 41. Der Zürcher Bauernverband wählt nicht den offiziellen Kandidaten, einen SVP-Nationalrat, zum Präsidenten, sondern einen Landwirt, der sich für eine eigenständigere Verbandspolitik ausspricht: "Bauern wollen mehr Distanz zur SVP", NZZ, 16.04.2003, Nr. 89, S. 45. Der Zürcher Bauernverband und die SVP Kanton ZH teilen sich das Sekretariat. Ueli Maurer ist Präsident der SVP Schweiz und Geschäftsführer des Zürcher Bauernverbandes.

59 SVP-Nationalrat Fehr, Geschäftsführer der AUNS: Die AUNS wolle sich nicht verzetteln und «zu einer Partei mutieren, welche zu einer Vielzahl von politischen Themen Stellung beziehen müsse»: "Die AUNS als Alternative zur SVP", NZZ, 12.12.2003, Nr. 289, S. 14. Der neue TCS-Zentralpräsident will keine Volksinitiativen mehr lancieren: *Peter W. Frey* (siehe Fn 49).

60 *Erich Gruner*, Die Parteien in der Schweiz, 2. Auflage, Bern 1977, S. 179.

61 *Philippe Mastronardi* (siehe Fn 54) S. 336.

62 Z.B.: Parlamentarische Initiative von Nationalrat Hans-Jürg Fehr (Präsident der SPS) vom 20.03.2006 (Geschäft 06.407): Forderung nach finanzieller Abgeltung gewisser Leistungen (v.a. Bildungsarbeit, Kommunikation, Übersetzungen, Nachwuchsförderung) der auf nationaler Ebene tätigen Parteien.

63 Bundesgesetz vom 18.03.1988 über Bezüge und Infrastruktur der Mitglieder der eidgenössischen Räte und über die Beiträge an die Fraktionen (Parlamentsressourcengesetz, PRG, SR 171.21).



zur Deckung der Kosten ihrer Sekretariate, bestehend aus einem Grundbeitrag und einem Beitrag pro Fraktionsmitglied.» Der Grundbeitrag beträgt gemäß Art. 10 VPRG<sup>64</sup> zur Zeit Fr. 92'000.--, der Beitrag pro Mitglied Fr. 17'000.--. Die von den Kantonen und Gemeinden ausgeschütteten Beiträge sind niedriger.<sup>65</sup> So beträgt der jährliche Grundbeitrag an die Fraktionen des Zürcher Kantonsrates, der 180 Mitglieder zählt, Fr. 40'000.--, der Zuschlag pro Fraktionsmitglied Fr. 2'800.--.<sup>66</sup> Die Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Zürich, der 125 Mitglieder hat, sieht in ihrem Anhang einen jährlichen Grundbeitrag an die Fraktionen von Fr. 12'000.-- und einen Zuschlag pro Fraktionsmitglied von Fr. 1'200.-- vor. Neben diesen direkten und indirekten finanziellen Unterstützungsleistungen existieren in Bund und Kantonen weitere Formen der indirekten Parteienfinanzierung.

Die Gewählten liefern einen Teil der Entschädigung an ihre Partei als Mandatssteuer ab. Dennoch verfügen sämtliche Parteien im Vergleich zu den großen Wirtschaftsverbänden über ein schmales Budget.<sup>67</sup> Dies wirkt sich nicht nur bei Abstimmungskampagnen aus,<sup>68</sup> sondern auch in der täglichen Parteiarbeit. Die meisten Parteiämter werden gar nicht oder nur gering entschädigt.<sup>69</sup> Die Parteisekretariate sind personell dünn bestückt,<sup>70</sup> mit der Partei verbundene Bildungseinrichtungen, Forschungsstätten, Parteistiftungen etc. sind in der Schweiz nahezu unbekannt. Persönliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier

riern gibt es praktisch nicht.<sup>71</sup> Wer einer politischen Partei beitrifft, darf nicht zu hoffen wagen, jemals einen bezahlten Arbeitsplatz im Schoße der Partei oder eine Stelle im öffentlichen Dienst zu erlangen oder in ein bezahltes öffentliches Amt gewählt zu werden.

Wahlen führen – da die Bisherigen in der Regel im Amt bestätigt werden – weder zur Auswechslung einer Regierung, noch zu Veränderungen in der Organisation und personellen Zusammensetzung der Verwaltung.<sup>72</sup> Ausgewechselt werden von den neu gewählten Regierungsmitgliedern die persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie allenfalls einzelne besonders exponierte Chefbeamtinnen und -beamten.<sup>73</sup>

### 3. Verhältnis zur Justiz

Mit der richterlichen Unabhängigkeit und insbesondere mit der Wahl der Richterinnen und Richter beschäftigen sich verschiedene neuere Publikationen.

- Einmischung des Parlaments oder der Regierung in Angelegenheiten der Justiz<sup>74</sup>
- Druck durch politische Parteien, Politikerinnen oder Politiker auf Gerichte oder einzelne Richterinnen und Richter<sup>75</sup>

64 Verordnung der Bundesversammlung vom 18.03.1988 zum Parlamentsressourcengesetz (VPRG, SR 171.211).

65 Übersicht über die Parteien- und Fraktionsbeiträge in den Kantonen: *Daniel Bochsler et alii*, Die Schweizer Kantone unter der Lupe. Behörden, Personal, Finanzen, Bern/Stuttgart/Wien 2004, S. 37.

66 Art. 5 Beschluss des Kantonsrates vom 26.04.1999 über die Festsetzung der Entschädigungen für die Mitglieder des Kantonsrates und für die Fraktionen.

67 "Die Geldsorgen der Parteisekretäre", NZZ, 22.02.2002, Nr. 44, S. 13: Jahresbudget SPS 3,25 Mio. Fr., FDP Schweiz 2,8 Mio. Fr., CVP Schweiz 2,5 Mio. Fr., SVP Schweiz 2 Mio. Fr., wobei die SPS einen Spendenanteil von 13% nannte, die SVP 35%, die CVP 50% und die FDP 65%.

68 Während vor wirtschaftlich wichtigen Abstimmungen Verbände und Parteien werben, gibt es wenig Plakate und Inserate vor Abstimmungen zu staats- und gesellschaftspolitischen Fragen. Siehe z.B. zur UNO-Abstimmung: "Die Geldsorgen der Parteisekretäre", NZZ, 22.02.2002, Nr. 44, S. 13.

69 Gemäß eigenen Angaben verdiente Ständerätin Christiane Langenberger als Präsidentin der FDP Schweiz Fr. 60'000.--, während CVP-Präsident Philipp Stähelin Fr. 40'000.-- plus Spesen und eine Entschädigung für das Büro erhielt: "Wer verheizt hier wen?", NZZ, 09.01.2004, Nr. 6, S. 15.

70 *Michael Brändle*, Professionalisierung der Parteiorganisationen, in: Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen?, Lädner/Brändle (Hrsg.), Zürich 2001, S. 199 und S. 207. Zu den Generalsekretariaten der Bundesparteien siehe auch deren Homepages.

71 Seit dem 01.12.2002 erhalten die Mitglieder der Bundesversammlung gemäß Art. 3a PRG (siehe Fn 63) zusätzlich zu ihrem Gehalt eine Jahresentschädigung von Fr. 30'000.-- «als Beitrag zur Deckung der Personal- und Sachausgaben». Soweit feststellbar wurde seither weder eine Aufstockung der Fraktions- oder Parteisekretariate vorgenommen noch wurden persönliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Ratsmitglieder gesucht.

72 Zu den positiven Aspekten der «proportionalisierten Verwaltungselite»: *René A. Rhinow* (siehe Fn 50) S. 118.

73 Stellungnahme des Bundesrates vom 09.03.2001 zu einem Postulat von Nationalrat Jakob Freund (SVP) vom 11.12.2000 (Geschäft 00.3648): Dass es bei Chefbeamtinnen und -beamten nach einem Wechsel der Departements- bzw. Amtsleitung zu besonders hohen Fluktuationszahlen gekommen sei, bestätigte die Statistik nicht. "CVP setzt im Wahljahr auf Wirtschaftspolitik", NZZ, 30.10.2006, Nr. 252, S. 9: Die Ernennung eines neuen Direktors für Arbeit im Staatssekretariat für Wirtschaft war ein halbes Jahr nach Doris Leuthards (CVP) Wahl in den Bundesrat ihr einziger wichtiger Personalentscheid.

74 *Georg Müller*, Justiz, Politik und Medien, in: Mensch und Staat. Festgabe der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg für Thomas Fleiner zum 65. Geburtstag, Hänni (Hrsg.), Fribourg 2003, S. 552 und *Hansjörg Seiler*, Praktische Fragen der parlamentarischen Oberaufsicht über die Justiz, Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBl) 101 (2000), S. 281 ff. *Peter Böhringer*, Das Verhältnis zwischen Justiz und Politik, plädoyer (Magazin für Recht und Politik) 6/1990, S. 38 ff. und *Peter Albrecht*, Zur politischen Verantwortung des Strafrichters, in: «Im Namen des Obergerichts». Festschrift zur Pensionierung von Frau Dr. Magdalena Rutz, Noll/Olano (Hrsg.), Liestal 2004, S. 9 ff.

75 Unzulässigkeit der Nichtwiederwahl als Sanktion gegen ein missliebiges Urteil: *Georg Müller* (siehe Fn 74) S. 551 und *Hansjörg Seiler* (siehe Fn 74) S. 294. Beispiele von Druckversuchen: *Mark M. Livschitz*, Die Richterwahl im Kanton Zürich. Ihre Faktizität am Obergericht und an den Bezirksgerichten als verfassungsrechtliches Problem, Diss. Zürich 2002, S. 191 ff. und S. 215-226.

- Zwingende Parteizugehörigkeit der Richterinnen und Richter,<sup>76</sup> da die Stellen in der Regel im Parteienproporz vergeben werden<sup>77</sup>
- Kritik an der Besetzung der Richterstellen<sup>78</sup>

Kritik am Bundesgericht und an anderen Gerichten wurde in den letzten Jahren vor allem von der SVP geäußert. Sie wird in Kapitel IV.3.b erläutert.

#### 4. Innere Demokratie

Normen, welche die Parteien explizit zu innerer Demokratie verpflichten, wurden und werden auch in der Schweiz gefordert.<sup>79</sup> Der Vorwurf undemokratisch gefällter Entscheide oder übermächtiger Parteipräsidentinnen und -präsidenten wird jedoch selten erhoben, und wenn, dann gezielt gegen einzelne Personen oder Parteien.<sup>80</sup> Zum freien Mandat findet sich nur wenig neuere rechts- und politikwissenschaftliche Literatur. Natürlich sind die Parlamentsmitglieder auch in der Schweiz dem Druck von Wahlkreis, Interessengruppen, Medien, Partei und Fraktion ausgesetzt.

76 Zur Mitgliedschaft von Richterinnen und Richtern in ideellen Vereinigungen: *Regina Kiener*, Richterliche Unabhängigkeit. Verfassungsrechtliche Anforderungen an Richter und Gerichte, Habil. Bern 2001, S. 188 ff.; *Peter Albrecht*, Richterliche Auslegung von Strafnormen unter parteipolitischen Einfluss?, Schweizerische Juristen-Zeitung (SJZ) 101 (2005) S. 281 ff.

77 Berücksichtigung staatspolitischer Kriterien bei der Auswahl der Richterinnen und Richter: *Regina Kiener* (siehe Fn 76) S. 267 ff. und *Georg Müller* (siehe Fn 74) S. 547 f. Zum Parteienproporz am Bundesgericht: *Niccolò Raselli*, Bundesrichterwahlen und richterliche Unabhängigkeit, in: *Diskriminierung und Integration*, Luginbühl/Schmidt (Hrsg.), Zürich/St. Gallen 2006, S. 36 und *Alain Fischbacher*, Verfassungsrichter in der Schweiz und in Deutschland. Aufgaben, Einfluss und Auswahl, Diss. Zürich 2006, S. 278 ff.

78 Zu den Anforderungen an das Wiederwahlverfahren: *Regina Kiener*, Sind Richter trotz Wiederwahl unabhängig?, plädoyer (Magazin für Recht und Politik) 5/2001, S. 36 ff. Zur Wahlbehörde: *Regina Kiener* (siehe Fn 76) S. 256 ff. Zu den Wahlen ins Bundesgericht: *Niccolò Raselli* (siehe Fn 77) S. 37 ff. Kritik an der Höherbewertung der Parteizugehörigkeit: *Georg Müller* (siehe Fn 74) S. 548. Kritisch zu den Parteisteuern: *Karl Spühler*, Richtermacht und richterliche Unabhängigkeit, in: *Festschrift 125 Jahre Kassationsgericht des Kantons Zürich*, Dönsch et alii (Hrsg.), Zürich 2000, S. 112.

79 *Philippe Mastronardi* (siehe Fn 54) S. 386 f. forderte eine «Ausdehnung der Grundsätze des Pluralismus und des Diskurses» auf sämtliche intermediären Gewalten. Siehe z.B. auch schon: *Gerhard Schmid*, Politische Parteien, Verfassung und Gesetz. Zu den Möglichkeiten und Problemen einer Parteiengesetzgebung in der Schweiz, Habil. Basel 1980, Basel/Frankfurt a.M. 1981, insbes. S. 154 ff.

80 Die Zürcher SVP-Gemeinderätin Susi Gut hatte öffentlich Parteikollegen kritisiert. Aus Rache habe ihr die lokale Sektion verboten, für den Kantonsrat zu kandidieren: *Beat Metzler*, "Die laute Marathon-Politikerin", Tagblatt der Stadt Zürich, 07.07.2006, S. 1. Verweigerung der Nomination für die Wiederwahl von SVP-Nationalrätin Lisbeth Fehr durch den Vorstand der SVP Kanton ZH. Fehr vertrat insbes. in der Aussenpolitik abweichende Meinungen und hatte öffentlich Kritik an der Partei geäußert: "Ausschluss von der SVP-Nationalratsliste", NZZ, 19./20.04.2003, Nr. 91, S. 41. Siehe auch: *Andreas Ladner*, Parteiinterne Demokratie, Einfluss- und Machtverhältnisse, in: *Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen?*, Ladner/Brändle (Hrsg.), Zürich 2001, S. 235 ff.

Vereinzelt legen Parlamentarierinnen und Parlamentarier dar, dass die Partei Druck auf sie ausgeübt hat<sup>81</sup> oder dieser wird auf anderem Weg publik.<sup>82</sup> Dass Angehörige einer Partei anders stimmen oder wählen als der Rest der Fraktion und dass sich Mitglieder ein und derselben Partei vor einer Volksabstimmung sowohl im Pro- als auch im Contra-Komitee wiederfinden, gehört dennoch für die allermeisten Parteien zur Tagesordnung. Parteimitglieder, Kantonalparteien und lokale Sektionen werden immer wieder ohne Erfolg zur Geschlossenheit aufgerufen.<sup>83</sup>

Die Bundesparteien weisen im Vergleich zu den Kantonalparteien eine relativ schwache Stellung auf.<sup>84</sup> Entsprechend spielen weder das nationale Parteipräsidium noch das Parteisekretariat in Bern eine dominierende Rolle. Das Amt des Parteipräsidenten oder der Parteipräsidentin ist auf keiner Ebene sehr beliebt, ist es doch kein Sprungbrett für prestigeträchtige öffentliche Ämter. Auf kommunaler und kantonaler Ebene nominieren die Parteien wegen der Volkswahl der Exekutiven Mitglieder, die sich nicht zu stark mit Parteianliegen profiliert haben. Die Wahl von Parteipräsidentinnen und -präsidenten in den Bundesrat ist sehr selten.<sup>85</sup> Dass Exekutivmitglie-

81 Austritt der Zürcher Kantonsrätin Andrea Widmer Graf aus der FDP und Beitritt als Parteilose zur SP-Fraktion mit der Begründung, sie habe genug «vom enorm großen Druck, der auf sie immer ausgeübt worden sei». Widmer Graf hatte schon lange Mühe mit dem finanzpolitischen Kurs der FDP: "Nur noch hauchdünne bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat", NZZ, 29.08.2006, Nr. 199, S. 43.

82 Disziplinierungsversuche der SVP-Fraktion und der SVP Kanton AG gegenüber Nationalrat Ulrich Siegrist: "Ulrich Siegrist – Reizfigur der Aargauer SVP", NZZ, 01.03.2006, Nr. 50, S. 16, "SVP setzt das eigene Sommertheater ab", NZZ, 11./12.09.2004, Nr. 212, S. 13, "SVP-Nationalrat Siegrist droht Kommissionsausschluss", NZZ, 12.08.2004, Nr. 186, S. 13. Austritt von Siegrist aus der SVP-Fraktion im Mai 2006: "Populistisch, überheblich, diffamierend", NZZ, 12.05.2006, Nr. 109, S. 14. "Nachspiel zum Steuertarif-Entscheid", NZZ, 17.01.2006, Nr. 13, S. 51: Kritik im Parteiblatt an SVP-Kantonsräten, die sich bei einer Abstimmung zum Steuergesetz der Stimme enthielten. "Kampf um Schulpräsidium Schwamendingen", NZZ, 21.04.2004, Nr. 92, S. 49: Unfreiwillige Schilderung von Fraktionsdisziplin durch die Zürcher SVP-Gemeinderätin Karin Peter: «(Frage) Wo zum Beispiel ist ... Ihre Meinung von jener der Partei abgewichen? (Antwort Peter) Das war beispielsweise bei der Einführung der Blockzeiten an der Unterstufe. (Frage des anderen Kandidaten) Hast du im Gemeinderat nicht gegen diese Vorlage gestimmt? (Antwort Peter) Ich hatte mich in der Fraktion für die Vorlage eingesetzt, doch es wurde demokratisch eine gegenteilige Fraktionsmeinung gefasst. Dem Entscheid habe ich mich bei der Abstimmung im Rat zu fügen.»

83 Siehe z.B.: CVP-Ständerat *Bruno Frick*, "Mehr Disziplin in politischen Kernfragen", NZZ, 09.01.2004, Nr. 6, S. 15. und *Walter Wittmann*, "FDP muss Partei der Marktwirtschaft werden", NZZ, 03.12.2003, Nr. 281, S. 15. Vor der Wahl zum FDP-Fraktionspräsidenten sagte Nationalrat Felix Gutzwiller, es sei nicht mehr tolerierbar, wenn zu viele Freisinnige bei knappen Abstimmungen fehlten: "Der rastlose Professor", NZZ, 15.03.2005, Nr. 62, S. 8.

84 Siehe z.B.: *Michael Brändle*, Strukturen der Parteiorganisationen, in: *Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen?*, Ladner/Brändle (Hrsg.), Zürich 2001, S. 71.

85 Die Wahl von Nationalrätin Doris Leuthard, Präsidentin der CVP Schweiz, am 14.06.2006 stellt eine Ausnahme dar. *Roger Blum*, "Hardliner. Sprengkörper im Bundesrat", WOZ-Online, 27.11.2003 (WOZ – Die Wochenzeitung, www.woz.ch): Zum letzten Mal wurden Mitte der 1980er-Jahre Parteipräsidenten gewählt.

der nach ihrer Wahl ein höheres Amt innerhalb der Partei übernehmen oder ein solches beibehalten, entspricht nicht schweizerischen Gepflogenheiten.

## 5. Folgen der Vielparteienregierung

- Schwächen des Konkordanzsystems und des Kollegialprinzips<sup>86</sup>
- Selbst Bundesratsparteien betreiben Oppositionspolitik<sup>87</sup>
- Verlust eines klaren Profils der Parteien wegen ihrer Einbindung in die Regierung<sup>88</sup>

Auf diese Kritikpunkte wird nicht näher eingegangen. Sie beziehen sich – abgesehen von der Kritik an denjenigen Parteien, die trotz Regierungsbeteiligung Oppositionspolitik betreiben – vor allem auf das politische System.

## 6. Schwindende Integrationskraft der politischen Parteien

- Mühe der Parteien, insbesondere junge Mitglieder zu gewinnen
- Mühe der Parteien, parteiinterne Ämter zu besetzen
- Mühe der Parteien, Kandidierende für öffentliche Ämter zu rekrutieren<sup>89</sup>
- Häufiges Ausscheiden aus kommunalen und kantonalen Parlamenten und aus kommunalen Kommissionen und Exekutiven vor Ablauf der Amtsdauer<sup>90</sup>
- Zunahme der Anzahl parteiloser Politikerinnen und Politiker auf Gemeindeebene<sup>91</sup>
- Konkurrenz durch lose organisierte Gruppierungen wie Anwohnervereine, lokale Protestgruppen etc.

86 Wie Konkordanzsystem und Kollegialsystem gestärkt werden können, bildet Gegenstand politischer Diskussionen in der SPK-NR: Medienmitteilung SPK-NR 18.08.2006 zur Parlamentarischen Initiative von Nationalrätin Christa Markwalder Bär (FDP) vom 07.10.2005 (Geschäft 05.444).

87 *Pascal Sciarini*, "Für eine reduzierte Drei-Parteien-Konkordanz", NZZ, 15.12.2004, Nr. 293, S. 15: Zusammenstellung, wie häufig sich SPS und SVP bei obligatorischen Referenden, fakultativen Referenden und Volksinitiativen gegen den Bundesrat gestellt hatten. Für 1995-2003 galten für die SPS: 15% (obligatorische Referenden), 43% (fakultative Referenden), 65% (Initiativen) und für die SVP: 30%, 29%, 18%.

88 Parlamentarische Initiative von Nationalrat Josef Zisyadis (PdA) vom 15.12.2000 (Geschäft 00.468): Amtl. Bull. NR 2003, S. 258 f.

89 *Hans Geser*, "Mangel an Nachwuchs bei den Parteien", NZZ, 15./16.03.2003, Nr. 62, S. 43: 50% der lokalen Parteisektionen im Kanton ZH hatten zu wenige Kandidatinnen und Kandidaten für die kommunalen Ämter.

90 Beispiele für mehrere Bezirke im Kanton ZH: "Weniger Kandidaten, weniger Sitzleder", NZZ, 19./20.11.2005, Nr. 271, S. 53.

91 "Wer in den Zürcher Gemeinden das Sagen hat", NZZ, 19.01.2006, Nr. 15, S. 53: Nach den kommunalen Wahlen von 2002 waren im Kanton ZH 308 der 1'082 Sitze in den kommunalen Exekutiven von Parteilosen und Personen besetzt, die keiner überregionalen Partei angehörten.

Auf diese problematischen Punkte wird nicht näher eingegangen, da sie bis jetzt nicht in Zusammenhang gebracht wurden mit der Kritik an der so genannten «*classe politique*».

## IV. Stichhaltigkeit der an der so genannten «*classe politique*» geäußerten Kritik

Es wird nun untersucht, inwiefern mit der Verwendung des Begriffs «*classe politique*» durch die SVP die an den Schweizer Parteien und ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten geäußerte Kritik aufgenommen wird.

### 1. Von der Kritik erfasste problematische Punkte

Der Begriff «*classe politique*» lenkt die Kritik nicht auf einzelne Parlamentarierinnen und Parlamentarier, auf eine einzelne Partei, auf die Regierung oder eine andere politische Institution, sondern auf die Verbindungen zwischen Legislative und Exekutive und zwischen Parteien und Verbänden. Er macht klar, dass verschiedene Personen und Gruppierungen Interessen der Wirtschaft vertreten und dass Politikerinnen und Politiker ihre Macht für Vorteile im Wirtschaftsleben missbrauchen können. In einem Staat, in dem Wirtschaftsverbände, einzelne Branchen und Großunternehmen großen Einfluss auf die Politik ausüben, genügt es nicht, das Verhalten einzelner Politikerinnen und Politiker oder einzelner Behörden zu analysieren und zu kritisieren. Fehlt es an einer scharfen Trennung zwischen Regierung und Opposition, so dürfen alle Parteien und ihre Vertreterinnen und Vertreter für Entscheide kritisiert werden, denen sie zugestimmt haben. Insofern ist nichts dagegen einzuwenden, dass der Begriff «*classe politique*» auf einen breit gefassten Personenkreis Anwendung findet.

### 2. Von der Kritik nicht erfasste problematische Punkte

Problematische Regelungen und Praktiken aus den folgenden Themenkreisen finden im Zusammenhang mit der Kritik an der so genannten «*classe politique*» überhaupt keine Erwähnung:

- Das Verhältnis von Parteien, Parlamenten und Regierung zur Justiz
- Die innere Demokratie, insbesondere der Druck auf Fraktionsmitglieder und der unterschiedliche Umfang der Mitbestimmungsrechte der Basismitglieder
- Die Folgen der Vielparteienregierung
- Die schwindende Integrationskraft der politischen Parteien

Aus den beiden Themenbereichen Transparenz und Verhältnis der Politik zur Wirtschaft werden einzelne problematische Punkte von der Kritik an der so genannten «*classe politique*» erfasst. Die Kritik trifft jedoch nicht private Unternehmen und

Wirtschaftsverbände, die ihren Einfluss geltend machen, sondern (teil)privatisierte Unternehmen, die im Eigentum der öffentlichen Hand verbleiben oder an denen staatliche Körperschaften beteiligt sind sowie Unternehmen und Verbände, die mit staatlichen Stellen zusammenarbeiten. Problematisiert wird demnach nicht die Einflussnahme auf die Politik, sondern die Einmischung politischer Institutionen in die Wirtschaft. Nicht thematisiert werden insbesondere:

- Die Finanzierung der politischen Parteien und der anderen politischen Akteure
- Die Finanzierung der Wahl- und Abstimmungskämpfe
- Der Einfluss von Wirtschaftsverbänden, einzelnen Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern sowie Branchen oder Unternehmen
- Das Verhältnis zwischen den Parteien und anderen politischen Akteuren, insbesondere die Übermacht der Wirtschaftsverbände
- Das Lobbying
- Die Grenzen des Milizsystems

### 3. Gründe für die beschränkte Kritik

Im Folgenden wird erläutert, warum die soeben aufgezählten problematischen Punkte im Zusammenhang mit der Verwendung des Begriffs «*classe politique*» nicht thematisiert werden. Ausgangspunkt ist die Vermutung, dass die Auswahl der Kritik abhängig ist von ihrer Urheberin, der SVP. Es wird deshalb deren Position zur Transparenz, zur Justiz und zur inneren Demokratie analysiert.

#### a) Beschränktes Interesse der SVP an transparenten Verhältnissen

Verschiedene neuere Vorstöße von SVP-Parlamentarierinnen und Parlamentariern fordern mehr Transparenz. Die Forderungen beziehen sich auf die einzelnen Mitglieder der Bundesversammlung und nicht auf die finanziellen Verhältnisse der politischen Parteien, auf die Finanzierung der Wahl- und Abstimmungskampagnen oder auf die Beziehungen der Wirtschaft zur Politik.<sup>92</sup> Anvisiert werden bezüglich der Interessenbindungen der Ratsmitglieder nicht die Offenlegung von Beziehungen zur Privatwirtschaft, sondern das Aufdecken von Tätigkeiten für Institutionen des Bundes und diesen nahe stehende Institutionen und Organisationen.

#### Von der SVP lancierte Vorstöße für mehr Transparenz<sup>93</sup>

- Motion von SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli vom 11.05.2006 (Geschäft 06.3233): Forderung nach Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der Bundesversammlung mit der Mitgliedschaft in einer Behörden- oder Verwaltungskommission.
- Postulat von Mörgeli vom 20.06.2003 (Geschäft 03.3406), das den Bundesrat ersucht, eine Liste zu erstellen mit den Namen und der Höhe der Entschädigung

aller Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die ein vom Bund besoldetes Amt ausüben, ein bundesnahes Amt ausüben oder für ein Gremium tätig sind, das vom Bund subventioniert wird.

- Postulat von SVP-Nationalrat Jakob Freund vom 11.12.2000 (Geschäft 00.3648): Forderung nach Offenlegung der Parteizugehörigkeit von Chefbeamtinnen und Chefbeamten mit der Begründung, es bestehe die Gefahr, dass Verwaltungsangestellte wegen ihrer Parteizugehörigkeit gefördert oder marginalisiert würden.
- Parlamentarische Initiative von SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer vom 09.10.1997 (Geschäft 97.441), gemäß der die Ratsmitglieder offen legen sollten, in welchem Ausmaß sie selber «oder durch Firmen, an denen sie maßgeblich beteiligt sind, als Berater oder Experten für Bundesstellen tätig sind.»<sup>94</sup>
- Von der SVP bekämpfte Vorstöße für mehr Transparenz<sup>95</sup>
- Fünf SVP-Mitglieder der SPK-NR stellten einen Minderheitsantrag, der Initiative von Andreas Gross (SPS)<sup>96</sup>, die für Abstimmungskämpfe eine Stärkung der politischen Parteien verlangte, sei keine Folge zu geben. Hauptargumente waren der Kampf gegen die Verschleierung von Steuergeldern und die Mündigkeit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.<sup>97</sup>
- Ablehnung der Motion der Grünen Fraktion vom 08.03.2000 «Offenlegung der Parteifinancen» durch sämtliche Mitglieder der SVP-Fraktion zusammen mit Mitgliedern von CVP, FDP und LPS.<sup>98</sup>
- Ablehnung der Parlamentarischen Initiative von Nationalrätin Judith Stamm (CVP) vom 16.06.1999 (Geschäft 99.427) für eine Anrufinstanz, die zweifelhaft Aussagen während Abstimmungskampagnen hätte beurteilen können.<sup>99</sup>

#### b) Massive Kritik der SVP am Bundesgericht

Die SVP hatte in den letzten Jahren massive Kritik an Gerichten sowie an den für einzelne Entscheide zuständigen Richterinnen und Richtern geübt.

- Kritik am Bundesgericht wegen verschiedener Urteile zum Einbürgerungs- und zum Asylrecht. Der Generalsekretär der SVP schrieb am 21.07.2003 im SVP-Pressedienst: «Und bei der Auswahl der Bundesrichter werden wir künftig noch kritischer sein. Die Richter aus SP, FDP und CVP, welche diesen beschämenden Entscheid zu verantworten haben, müssen auf jeden Fall keine SVP-Stimmen mehr erwarten.»<sup>100</sup> Nationalrat Christoph Mörgeli sagte im Zusammenhang mit

94 Amtl. Bull. NR 1998, S. 2780-2783 und Amtl. Bull. NR 2001, S. 1324-1329.

95 Die Aufzählung strebt nicht Vollständigkeit an.

96 Siehe Fn 55.

97 Nationalrat Ernst Schibli (SVP): Amtl. Bull. NR 2005, S. 41. Die Kommissionsmitglieder aus sämtlichen anderen Parteien unterstützten die Initiative.

98 Amtl. Bull. NR 2000, S. 1081-1083.

99 Bericht der SPK-NR vom 25.10.2001 und Stellungnahme des Bundesrates vom 09.01.2002: BBl 2002, S. 389-409. Antrag auf Nichtetreten durch die Minderheit der SPK-NR, bestehend aus SVP- und FDP-Mitgliedern: Amtl. Bull. NR 2002, S. 679.

100 Gregor A. Rutz, "Nein zu diesen Anti-demokratischen Tendenzen", SVP-Pressedienst Nr. 29 vom 21.07.2003. Die Kritik bezieht sich auf BGE 129 I 217 ff. und BGE 129 I 232 ff.

einem Urteil zur Rassendiskriminierung:<sup>101</sup> «Als Erstes wollen wir wissen, wo unsere eigenen Richter stehen, .... ob sie das Rechts- oder das Demokratieprinzip höher gewichten.»<sup>102</sup>

Bundesgerichtspräsident Heinz Aemisegger (CVP) wies in der «NZZ am Sonntag» darauf hin, dass ein solches Vorgehen einer politischen Partei sich weder mit der richterlichen Unabhängigkeit noch mit der Gewaltentrennung verträgt.<sup>103</sup> Bundesrichter Niccolò Raselli führte aus:<sup>104</sup> «Heute erleben wir, dass Parlamentarier – selbst eine Regierungspartei – nicht davor zurückschrecken, das Bundesgericht unter Druck zu setzen ... Als Vehikel dient das Wahlsystem der relativ kurzen Amtsdauer mit der Möglichkeit der Wiederwahl.»

- Justizminister Christoph Blocher nahm während einer offiziellen Einladung in der Türkei Anfang Oktober 2006 kritisch gegenüber den die Rassendiskriminierung betreffenden Art. 261<sup>bis</sup> StGB<sup>105</sup> Stellung.<sup>106</sup> Zur Zeit laufen in der Schweiz Strafuntersuchungen gegenüber prominenten Türken, die anlässlich von Reden in der Schweiz den Völkermord an den Armeniern geleugnet haben sollen.
- Kritik an verschiedenen Urteilen der Schweizerischen Asylrekurskommission (ARK) mittels Motion vom 30.09.2002 durch SVP-Nationalrat Jean-Henri Dunant (Geschäft 02.3506). Dunant verlangte unter anderem die Veröffentlichung der Parteizugehörigkeit der Richterinnen und Richter. Zuvor hatte er den Bundesrat aufgefordert, gewisse Richterinnen und Richter der ARK nicht wieder-zuwählen.<sup>107</sup>

#### c) Beschränkte Mitbestimmungsrechte der SVP-Mitglieder

Andreas Ladner untersuchte die Machtverhältnisse innerhalb der Kantonalparteien. Er kam zum Schluss, dass der Einfluss der Mitglieder bei der SVP verglichen mit CVP, FDP, GPS und SPS am geringsten war und dass der Einfluss der Parteileitung in Sachfragen in den letzten Jahren deutlich zugenommen hatte.<sup>108</sup> Gemäß den Statuten der SVP Schweiz haben die Basismitglieder und die lokalen Sektionen auf nationaler Ebene keine direkten Einflussmöglichkeiten. Eine Urabstimmung unter allen Basismitgliedern ist nicht vorgesehen.<sup>109</sup> Vereinsrechtlich betrachtet sind denn

101 *Markus Häfliger*, "Kritik am Bundesgericht wächst", NZZ am Sonntag, 22.08.2004, Nr. 34, S. 11.

102 Das Urteil wurde von fünf Richtern gefällt. Zwei gehörten der SVP, zwei der SPS und einer der CVP an. Es wurde weder bekannt gegeben, mit welchem Stimmenverhältnis das Urteil gefällt wurde noch welcher Richter wie stimmte.

103 *Markus Häfliger*, "Bundesgerichtspräsident besorgt um richterliche Unabhängigkeit", NZZ am Sonntag, 29.08.2004, Nr. 35, S. 15.

104 *Niccolò Raselli*, "Richterliche Unabhängigkeit unter Druck", NZZ, 23.03.2006, Nr. 69, S. 15, wiederholt in: *Niccolò Raselli* (siehe Fn 77) S. 40 f.

105 Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21.12.1937 (SR 311.0).

106 "Blocher macht Vorbehalte zur Rassismus-Strafnorm", NZZ, 05.10.2006, Nr. 231, S. 12, "Blocher will Rassismus-Strafnorm ändern", NZZ, 05.10.2006, Nr. 231, S. 13 und "Blocher liess Bundesrat und das EDA im Dunkeln", NZZ, 06.10.2006, Nr. 232, S. 13. Stellungnahme des Gesamtbundesrates: "Deutlicher Rüffel für Blochers Sololauf", NZZ, 19.10.2006, Nr. 243, S. 13.

107 Einfache Anfrage vom 15.03.2001 (Geschäft 01.1004).

108 *Andreas Ladner* (siehe Fn 80) S. 240 und S. 245.

len Basismitgliedern ist nicht vorgesehen.<sup>109</sup> Vereinsrechtlich betrachtet sind denn auch nicht die Basismitglieder die Mitglieder der SVP Schweiz, sondern die Kantonalparteien.<sup>110</sup> Dass die SVP-Mitglieder über mehr Mitbestimmungsrechte verfügen als die Mitglieder anderer Parteien, wird nicht einmal von der SVP selbst behauptet. Hingegen haben verschiedene ehemalige Mitglieder Kritik an der Willensbildung innerhalb der Partei geäußert.<sup>111</sup>

#### V. Schlussbemerkungen

Die Kritik an der so genannten «*classe politique*» erscheint auf den ersten Blick umfassend. Sie spricht jedoch nur einige wenige Themenbereiche an, diffamiert aber eine Vielzahl von Personen, Institutionen und Organisationen. Betroffen davon sind auch Personen und Gruppierungen, die ihre finanziellen Verhältnisse sowie ihre Verbindungen zu Dritten offen legen und sich in jeder Beziehung vorbildlich verhalten, während die Urheberin der Kritik, die SVP, berechnete Forderungen nach finanzieller Transparenz nicht unterstützt, massiven Druck auf Bundesrichterinnen und -richter ausübt und ihren Basismitgliedern nur vergleichsweise bescheidene Mitwirkungsrechte gewährt.

Es bleibt nicht ohne schädliche Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit und die Handlungsfähigkeit der politischen Institutionen, wenn ihre Vertreterinnen und Vertreter immer wieder mit einem zum Schimpfwort gewordenen Begriff bezeichnet

109 Ende Oktober 2003 sagte der Präsident der SVP Schweiz, eine Urabstimmung sei «rechtlich und technisch nicht möglich. Sie sei weder in den Statuten vorgesehen, noch verfüge die SVP über ein zentrales Mitgliederregister»: "Berner SVP stellt sich der Konfrontation", NZZ, 23.10.2003, S. 13.

110 Die Delegiertenversammlung setzt sich gemäß Art. 14 Abs. 1 Statuten SVP Schweiz aus 600 Delegierten der Kantonalparteien plus ex officio-Mitgliedern zusammen. Die Anzahl der Delegierten hängt v.a. von der Anzahl Stimmen bei den Nationalratswahlen ab.

111 Im Austrittsschreiben (siehe Fn 82) sagte Ulrich Siegrist, wer in der SVP ethische Grundwerte offen vertrete, «wird im besten Fall kritisiert, in der Regel aber verhöhnt»: "Populistisch, überheblich, diffamierend", NZZ, 12.05.2006, Nr. 109, S. 14. Lisbeth Fehr sagte, als sie nicht mehr nominiert wurde (siehe Fn 80): «Von Christoph Blocher werden Direktiven herausgegeben; es gibt gar nichts anderes, als die mitzutragen. Kritik wird nicht akzeptiert. Man wird lächerlich und mundtot gemacht, wenn man in der Fraktion anderer Meinung ist. Da getraut sich niemand mehr, etwas zu sagen.» Susi Gut (siehe Fn 80) und Markus Schwyn begründeten ihren Austritt aus Partei und Fraktion damit, «hinter den Kulissen werde munter gemobbt, auf den Mann beziehungsweise die Frau gespielt, gelogen und gedroht». Gut behauptete, ihr sei Geld angeboten worden für den Rücktritt aus dem Gemeinderat: "Die SVP-Fraktion verliert an Stärke", NZZ, 24.08.2006, Nr. 195, S. 51.

werden.<sup>112</sup> Die Verwendung des Begriffs «*classe politique*» wird dann zur Farce, wenn er von Politikerinnen und Politikern gebraucht wird, die einer der wählerstärksten Parteien angehören,<sup>113</sup> die seit dem 10.12.2003 zwei von sieben Bundesratssitzen und seit längerem zahlreiche Mandate in den kantonalen<sup>114</sup> und kommunalen<sup>115</sup> Exekutiven innehält, deren Vertreterinnen und Vertreter im üblichen Umfang in Gerichten und weiteren staatlichen Gremien vertreten sind, die aus eigener Kraft Volksinitiativen und Referenden lancieren und die Schweiz flächendeckend mit Propagandamaterial eindecken kann und die versucht, nicht nur den politischen Stil, sondern auch die politische Agenda zu diktieren.<sup>116</sup>

## VI. Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
a.M.	anderer Meinung
Amtl. Bull. (NR oder StR)	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung; <a href="http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/index-99-03.htm">www.parlament.ch/ab/frameset/d/index-99-03.htm</a> oder via <a href="http://www.parlament.ch">www.parlament.ch</a> , «Amtliches Bulletin. Die Wortprotokolle»
Art.	Artikel
AUNS	«Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz», Verein,

<sup>112</sup> Siehe z.B.: Bundesrat *Kaspar Villiger* (FDP), Demokratie in schwieriger Zeit, in: Die Zukunft der Schweiz. Demokratie in schwieriger Zeit. Zwei Ansprachen gehalten an der "Albisgüetli"-Tagung der Zürcher SVP am 27.01.1995 in Zürich. "Schweizerzeit"-Schriftenreihe Nr. 20, Flaach 1995, S. 22 f.; *Andreas Iten* (siehe Fn 6) S. 28; Generalsekretär der CVP Schweiz *Reto Nause*, Wenn die Argumente fehlen, CVP-Pressemitteilung 16.01.2002: «Wer die politischen Instanzen beständig beschimpft und diffamiert, der erschüttert auch deren einende Wirkung für unser Land. Das politische System der Schweiz ist einzigartig und bildet den Hauptpfeiler unserer nationalen Identität. Wer die vom Volk gewählte „*classe politique*“ beständig in den Schmutz zieht, der rüttelt an dieser Identität.»

<sup>113</sup> Sitze im Ständerat (Stand Oktober 2006): CVP 15, FDP 14, SPS 9, SVP 8; Sitze im Nationalrat (Stand Oktober 2006): SVP 55, SPS 52, FDP 36, CVP 28, GPS 13, 9 Parteien zählen 1-4 Mitglieder. *idheap*. *Institut de hautes études en administration publique*, Schweizer Kantonsregierungen unter der Lupe. Die SVP bleibt meistens draussen, BADAC-Medienmitteilung, Lausanne 27.11.2003: Anteil Mandate in den Kantonsparlamenten: SVP 22,5%, SPS 22,5%, FDP 21,0%, CVP 17,1%, GPS 5,7%.

<sup>114</sup> *idheap* (siehe Fn 113): Anteil Mandate in den Kantonsregierungen: FDP 26,6%, SPS 23,3%, CVP 20,4%, SVP 16,9%; GPS 4,7%, LPS 4,5%; in 15 der 26 Kantonsregierungen ist die SVP nicht vertreten.

<sup>115</sup> Die Exekutiven und Legislativen der Schweizer Städte, 1983-2005, Medienmitteilung *Bundesamt für Statistik*, 09.02.2006: Anteil der Sitze in den Exekutiven der Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnerinnen und Einwohnern: FDP 28,5%, SPS 23,9%, CVP 16,7%, SVP 12,4%. In den Städten mit mehr als 50'000 verlor die SVP sämtliche Sitze. Anteil der Sitze in den Legislativen: SPS 26,8%, FDP 22,3%, SVP 12,3%, CVP 12,2%, Grüne 6,6%.

<sup>116</sup> *Christoph Blocher*, Die sieben Geheimnisse der SVP (siehe Fn 17) S. 8 nennt als «drittes Geheimnis der SVP»: «Themen statt Pöstchen besetzen».

	gegründet 1986; <a href="http://www.auns.ch">www.auns.ch</a>
BBl	Bundesblatt; <a href="http://www.admin.ch/ch/d/ff/index.html">www.admin.ch/ch/d/ff/index.html</a>
BGE	in der amtlichen Sammlung publizierter Bundesgerichtsentscheid; <a href="http://www.bger.ch">www.bger.ch</a> , «Leitentscheide (BGE)»
CVP	Christlich demokratische Volkspartei; <a href="http://www.cvp.ch">www.cvp.ch</a>
Diss.	Dissertation
economiesuisse	« <i>economiesuisse</i> . Verband der Schweizer Unternehmen»; gegründet 2000, <a href="http://www.economiesuisse.ch">www.economiesuisse.ch</a>
etc.	et cetera (und so weiter)
f./ff.	folgende Seite/folgende Seiten
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei; <a href="http://www.fdp.ch">www.fdp.ch</a>
Fn	Fussnote
Fr.	Schweizer Franken
Geschäft	Elektronische Datenbank der Geschäfte der Bundesversammlung: <a href="http://www.parlament.ch/homepage/su-suchen/sucuria-vista.htm">http://www.parlament.ch/homepage/su-suchen/sucuria-vista.htm</a>
GPS	Grüne Partei; <a href="http://www.gruene.ch">www.gruene.ch</a>
Habil.	Habilitation
Hrsg.	Herausgeber
insbes.	Insbesondere
Kanton	Links zu allen Kantonen: <a href="http://www.ch.ch">www.ch.ch</a> «Behörden» oder via <a href="http://www.admin.ch">www.admin.ch</a>
LPS	Liberale Partei; <a href="http://www.liberal.ch">www.liberal.ch</a>
NR	Nationalrat
Nr.	Nummer/Nummern
NZZ/NZZ am Sonntag	«Neue Zürcher Zeitung»/«NZZ am Sonntag» (von der Neuen Zürcher Zeitung AG heraus gegebene Tageszeitung/Sonntagszeitung); <a href="http://www.nzz.ch">www.nzz.ch</a>
PdAS	Partei der Arbeit; <a href="http://www.pda.ch">www.pda.ch</a>
Rz.	Randziffer/Randziffern
S.	Seite/Seiten
Sonntagszeitung	«Sonntagszeitung» (vom Medienunternehmen Tamedia AG, Sitz Zürich, heraus gegebene Sonntagszeitung); <a href="http://www.sonntagszeitung.ch">www.sonntagszeitung.ch</a>
SPK-NR	Staatspolitische Kommission des Nationalrates; <a href="http://www.parlament.ch/homepage/ko-kommissionen/ko-legislativkommissionen/kom_11_24.htm">http://www.parlament.ch/homepage/ko-kommissionen/ko-legislativkommissionen/kom_11_24.htm</a>
SPS	Sozialdemokratische Partei; <a href="http://www.sp-ps.ch">www.sp-ps.ch</a>
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts; <a href="http://www.admin.ch/ch/d/sr/sr.html">www.admin.ch/ch/d/sr/sr.html</a>
StR	Ständerat
SVP	Schweizerische Volkspartei; <a href="http://www.svp.ch">www.svp.ch</a>

Tages-Anzeiger	«Tages-Anzeiger» (vom Medienunternehmen Tamedia AG, Sitz Zürich, heraus gegebene Tageszeitung); www.tages-anzeiger.ch
TCS	«Touring Club Schweiz» (eine Dienstleistungsunternehmung für Mobilitätsbelange), Verein, gegründet 1896, www.tcs.ch
UBS	UBS AG (ein global tätiges Finanzinstitut); www.ubs.com
v.a.	vor allem
WOZ	WOZ – Die Wochenzeitung; www.woz.ch
z.B.	zum Beispiel

## Party Government in the United Kingdom – From Crisis to Catastrophe

Keith D. Ewing, London

### I. Introduction

Political parties are an essential feature of British constitutional government, and have developed with the growth of democracy in the 20<sup>th</sup> century.<sup>1</sup> The political parties present programmes for office, they select candidates for election to a wide range of public positions, and they supply the personnel of government and opposition. Although political parties are increasingly unpopular in an era of growing cynicism about democratic politics, it is inconceivable that government in a country of 60 million people could operate without them. Nevertheless, there are many problems of party government in the United Kingdom at a time when the formal responsibilities of the parties are increasing. In a nutshell, political parties have fewer members than in the past, they operate in a twilight world of financial instability, and in many elections they are unable to attract people to vote in sufficient numbers to give credibility to any electoral mandate they may claim. The party system is also subject to internal and external challenge. Dissatisfaction with the existing parties has seen more parties being created, which more voters appear willing to support. These parties are often associated with single issues (sometimes local, sometimes national) or individual personalities, and rarely provide a platform for government.<sup>2</sup> Others are associated with ideological causes which have no place in Britain's 'catch-all' parties. These developments occur as some fear that political parties are being eclipsed by other membership organisations and single issue pressure groups which add fresh challenges to the democratic process, which in turn is subject to a much greater degree of judicial supervision than in the past through the process of judicial review (a process strengthened by the incorporation of the European Convention of Human Rights into British law). Before addressing some of these developments, it is necessary to deal briefly with the nature of *party government* in the United Kingdom, which is different from the German concept of *Parteienstaat*.

<sup>1</sup> For a good account of the British party system, see P Webb, *The Modern British Party System* (2000).

<sup>2</sup> See *R (Pro Life Alliance) v BBC* [2003] UKHL 23.